

Die Bundeswehرداریstellung des Ukrainekriegs und die Verschleierung amerikanischer Machtpolitik

Über Kriegsbegründungen und ihrer strategischen Auslassungen

Klaus Retzlaff

11. Oktober 2026

Die Bundeswehr vermittelt den Ukrainekrieg als Kampf um ukrainische Freiheit und europäische Sicherheit. In den hier untersuchten Texten verschwinden dabei entscheidende amerikanische Ziele: die Schwächung Russlands, die Sicherung der eigenen Vormachtstellung, die Vorbereitung auf die Konkurrenz mit China und die Übertragung militärischer Lasten auf Europa. Diese Ziele kommen in der Begründung der Ukraineunterstützung nicht vor. Amerikanische Strategiepapiere sprechen sie offen aus. Der Vergleich zeigt, wie die Bundeswehr eine Politik mit handfesten Machtinteressen moralisch legitimiert. Die ukrainischen Opfer erscheinen als Opfer für unsere Freiheit; ihre Bedeutung für die globale Strategie Washingtons bleibt ausgeblendet. [1, 2]

Ein Ausbildungsbeitrag vom Juli 2025 erhebt den ukrainischen Kampf bereits in der Überschrift zum Kampf für die Freiheit Europas. Brigadegeneral Joachim Kaschke formuliert im Juli 2026: „Die Sicherheit Europas hängt von der Verteidigungsfähigkeit der Ukraine ab.“ [2, 3] Damit werden ukrainische Verteidigung, deutsche Sicherheit und die Politik des westlichen Bündnisses zu einem gemeinsamen Zweck zusammengeschlossen. Wer diese Verbindung übernimmt, soll Ausbildung, Waffenlieferungen und eigene Aufrüstung als Folgerungen aus demselben Sicherheitsgebot verstehen. Die entscheidende politische Prüfung entfällt: Welchem Ziel dient eine konkrete Maßnahme, wer bestimmt dieses Ziel und welchen Preis sollen andere dafür zahlen?

Die Verschleierung liegt in dieser Gleichsetzung. Eine Großmacht kann einen angegriffenen Staat unterstützen und dessen Krieg zugleich für die Schwächung eines Rivalen einsetzen. Gerade dann müssen die Zwecke auseinandergelegt werden. Die Formel von der Freiheit Europas verdeckt ihre mögliche Gegensätzlichkeit: Eine Fortsetzung des Krieges kann einem amerikanischen Strategen als Zeitgewinn gegenüber China gelten und für die ukrainische Bevölkerung weitere Tote, Verstümmelte, zerstörte Städte und verlorene Lebensjahre bedeuten. Die moralische Anerkennung ukrainischer Selbstverteidigung beantwortet die Frage nach dem Nutzen weiterer Kriegsjahre für andere Staaten nicht.

Die Bundeswehr ist an der Ausbildung und Unterstützung beteiligt. Ihre Öffentlichkeitsarbeit schafft Zustimmung zu diesem Handeln. Militärische Sachkunde verleiht ihr Autorität; sie macht ihre politischen Voraussetzungen aber nicht neutral. Wer erklärt, wie ein Waffensystem wirkt, hat damit noch nicht erklärt, weshalb sein Einsatz dem Frieden dient. Und wer die russische Kriegsführung zutreffend beschreibt, hat damit noch keine vollständige Erklärung des Konflikts geliefert. Das Problem beginnt dort, wo die eigene Bündnispolitik aus dem Kreis der erklärungsbedürftigen Ursachen herausgenommen wird.

Die Vorgeschichte gemeinsamer Sicherheit gehört deshalb ins Zentrum. In seiner Bundestagsrede von 2001 warb Putin für die Verbindung europäischer Möglichkeiten mit russischen Ressourcen sowie Wirtschafts- und Verteidigungspotenzialen. Er stellte ein eigenständigeres Europa in Aussicht und

kritisierte Entscheidungen, an denen Russland trotz Partnerschaftsrhetorik nicht beteiligt werde. [4] Damit stand eine andere Ordnung zur Diskussion: eine europäische Sicherheitsstruktur, in der Russland an Entscheidungen mitwirkt. Wer die Geschichte ausschließlich vom späteren Krieg her erzählt, beseitigt diese Alternative rückwirkend aus dem Blick.

Der russische Entwurf eines europäischen Sicherheitsvertrags vom November 2009 gab dem Gedanken eine institutionelle Form. Er sollte unteilbare Sicherheit verbindlich machen und sicherheitspolitische Maßnahmen an den Interessen der anderen Vertragsstaaten messen. [5] Die amerikanische Antwort ist dokumentiert. Außenministerin Hillary Clinton erklärte am 29. Januar 2010, gemeinsame Sicherheitsziele sollten innerhalb bestehender Institutionen wie OSZE und NATO-Russland-Rat verfolgt werden. Neue Verträge, wie Russland sie vorschläge, bezeichnete sie als einen langen und umständlichen Weg. Washington lehnte damit die vorgeschlagene Neuverhandlung der institutionellen Grundlage ab. [6]

Das war eine politische Entscheidung zugunsten der bestehenden Ordnung. Konsultationen mit Russland durften stattfinden; eine neue verbindliche Ordnung wurde auf diesem Weg nicht ausgehandelt. Darin liegt der konkrete Kern der Kritik am blockierten Frieden: Eine Alternative zur fortgesetzten Bündniskonkurrenz erhielt keinen vertraglichen Durchbruch. Der Vorschlag hätte auch auf seine Folgen für kleinere Staaten geprüft werden müssen. Seine Existenz und die amerikanische Ablehnung des Vertragswegs gehören trotzdem zur Erklärung. Die Behauptung, der Westen habe lediglich auf russische Entscheidungen reagiert, hält dieser Vorgeschichte nicht stand.

Die NATO traf ihrerseits eine folgenreiche Weichenstellung. In Bukarest erklärte sie 2008, die Ukraine und Georgien würden Mitglieder des Bündnisses werden. [7] Damit ging es um die zukünftige militärpolitische Zuordnung zweier Staaten an Russlands Grenzen. Bündniserweiterung verändert Reichweite, Kräfteverhältnisse und strategische Räume. Sie ist aktives Handeln. Eine Darstellung, die westliche Politik nur als Schutzangebot beschreibt, lässt ihre machtpolitische Wirkung verschwinden. Russlands Angriff von 2022 war eine Entscheidung der russischen Führung. Die Verantwortung für diese Entscheidung ersetzt keine Untersuchung der Entscheidungen, die den Konfliktraum zuvor geprägt haben.

Wie amerikanische Strategen diesen Raum betrachten, schrieb Zbigniew Brzezinski 1997 bemerkenswert offen. In seinem Aufsatz zur Geostrategie Eurasiens sollte kein Staat und kein Staatenverbund die USA vom Kontinent verdrängen oder ihre entscheidende Rolle vermindern können. Europa erschien als amerikanischer Brückenkopf, die NATO als Verankerung amerikanischen Einflusses. Im Konflikt zwischen einer Erweiterung des euroatlantischen Systems und besseren Beziehungen zu Russland sollte die Erweiterung Vorrang erhalten. [8] Diese Rangordnung ist der politische Punkt: Die Beziehungen zu Russland wurden dem Ausbau einer amerikanisch geführten Ordnung untergeordnet. Frieden und Kooperation sollten sich in deren Grenzen entwickeln.

George Friedmans Überlegungen zur Verbindung deutscher Wirtschaftskraft mit russischen Ressourcen gehören in denselben Problemkreis. Die Zusammenfassung seines Vortrags beim Chicago Council 2015 hebt genau dieses Potenzial als historisches Angstmotiv hervor. [9] Für Europa kann eine solche Verbindung wirtschaftliche Möglichkeiten und außenpolitischen Spielraum eröffnen. Aus einer Perspektive amerikanischer Vorrangstellung kann dieselbe Verbindung als Machtkonzentration erscheinen, die Washingtons Einfluss begrenzt. Darin besteht der Interessenkonflikt, den die Rede von einer einheitlichen westlichen Wertegemeinschaft zudeckt. Amerikanische Führungsmacht und europäische Selbstständigkeit sind verschiedene politische Ziele.

Der Konflikt um Nord Stream 2 macht diese Spannung greifbar. Der Forschungsdienst des US-Kongresses dokumentiert die langjährige amerikanische Opposition gegen die Pipeline und die 2019 eingeführten Sanktionen gegen Beteiligte am Bau. Er hält zugleich fest, dass die Bundesregierung das Vorhaben zunächst als Beitrag zur Versorgungssicherheit verteidigte. [10] Washington griff damit in eine europäisch-russische Wirtschaftsverbindung ein und setzte seine Sanktionsmacht gegen deren Verwirklichung ein. Die Absicht, russischen Einfluss und Einnahmen zu begrenzen, traf auf deutsche wirtschaftliche Interessen. An diesem Konflikt zeigt sich, wie amerikanische Sanktionsmacht den wirtschaftlichen Handlungsspielraum europäischer Staaten beschränkt.

Die RAND-Studie von 2019 untersuchte ausdrücklich, wie Russland wirtschaftlich, politisch und militärisch belastet werden könnte. Waffenhilfe für die Ukraine wurde als Möglichkeit behandelt, eine russische Verwundbarkeit auszunutzen und Moskaus Kosten zu steigern. Die Autoren warnten zugleich vor einer Ausweitung des Krieges, bei der Russland geografische Vorteile hätte. Weitere untersuchte Mittel waren Sanktionen, höhere amerikanische Energieproduktion und eine europäische Gasversorgung aus anderen Quellen. [11] Hier erscheint die Ukraine bereits vor 2022 als Ansatzpunkt einer Strategie zur Belastung Russlands. Wer solche Dokumente ausblendet, entfernt das aktive amerikanische Kalkül aus der Geschichte.

Die Untersuchung von Optionen wurde später durch eine ausdrückliche Zielerklärung der Regierung ergänzt. Am 25. April 2022 sagte Verteidigungsminister Lloyd Austin, die USA wollten Russland so geschwächt sehen, dass es einen vergleichbaren Angriff nicht wiederholen könne. Verlorene militärische Fähigkeiten sollten nicht rasch wiederhergestellt werden. Daneben nannte er eine souveräne Ukraine und ein geeinteres Bündnis. [12] Die Schwächung russischer Militärmacht war somit ein öffentlich erklärtes amerikanisches Ziel. Wer Unterstützung ausschließlich mit ukrainischer Freiheit begründet, lässt dieses Ziel weg. Seine defensive Begründung beseitigt seinen machtpolitischen Inhalt nicht.

Die Marathon Initiative ordnet diesen Inhalt in eine globale Strategie ein. Wess Mitchells Studie von 2020 entstand für das Office of Net Assessment des Pentagon. Sie untersucht, wie Großmächte durch eine zeitliche Staffelung ihrer Auseinandersetzungen einen Krieg an mehreren Fronten vermeiden können. [13] Damit ist das strategische Problem benannt, in das die Ukraine später eingeordnet wird: Die USA verfügen über begrenzte Kräfte und wollen verhindern, dass mehrere Gegner sie gleichzeitig binden. Der Krieg in Europa wird aus diesem Blickwinkel nach seinem Beitrag zur amerikanischen Handlungsfähigkeit in anderen Weltregionen bewertet.

Mitchell formuliert die Anwendung 2024 unmissverständlich. Russland soll in der Ukraine eine strategische Niederlage erleiden, bevor China für einen möglichen Angriff auf Taiwan bereit ist. Er spricht von „inflict a proxy defeat“, einer durch Stellvertreter zugefügten Niederlage. Die Ukraine soll zum Mittelpunkt eines starken osteuropäischen Vorfelds werden; europäische Verbündete sollen den Großteil der konventionellen Abschreckung übernehmen. Zugleich soll die Rüstungsindustrie auf eine länger dauernde Großmachtkonkurrenz vorbereitet werden. Mitchell verbindet dies mit dem Ziel eines diplomatischen Kriegsendes zu günstigen Bedingungen. [14] Die Ukraine ist in dieser Konzeption Mittel amerikanischer Weltpolitik. Ihre Unterstützung soll Kräfte für den nächsten strategischen Schwerpunkt freisetzen.

Der Begriff Stellvertreterkrieg beschreibt hier einen offen ausgesprochenen Zusammenhang. Die Ukraine führt ihren eigenen Kampf; Washington soll dessen Verlauf für eine Auseinandersetzung mit anderen Großmächten nutzen. Die handelnden Menschen verschwinden im strategischen Kalkül hinter Begriffen

wie Zeitfenster, Ressourcen und Vorfeld. Gerade weil Ukrainer eigene Motive haben, lässt sich ihr Widerstand für weitere Zwecke einsetzen. Waffenlieferungen und ihre Bedingungen geben der unterstützenden Macht Einfluss auf die Möglichkeiten der Kriegführung. Entscheidend ist, dass die Opfer des einen Landes in die Nutzenrechnung einer anderen Macht eingehen.

Auch die Rolle Deutschlands wird konkret bestimmt. Die Marathon-Studie zur euroatlantischen Sicherheit im Zeitalter des Indopazifik von 2023 verlangt mehr europäische Leistungen, hält aber ausdrücklich am Prinzip amerikanischer Führung fest. Ein deutsch-polnischer Kern soll die konventionelle Verteidigung an der europäischen Front tragen. Bei zentralen Fähigkeiten und der übergeordneten Führung bleiben die USA entscheidend. [15] Mehr europäische Verantwortung bedeutet in diesem Entwurf mehr europäische Arbeit innerhalb einer amerikanisch geführten Strategie. Höhere Ausgaben und größere militärische Risiken begründen deshalb noch keine politische Selbstständigkeit.

Die Vorbereitung der Rüstungsindustrie besitzt denselben überregionalen Zweck. Seth Jones beschreibt beim Center for Strategic and International Studies 2023 unzureichende amerikanische Produktionskapazitäten und Munitionsbestände. Erfahrungen aus der Ukraine werden dabei mit den Anforderungen eines möglichen Krieges um Taiwan verbunden. [16] Waffenlieferungen sind in dieser Debatte Teil einer industriellen Mobilisierung für weitere Großmachtkonflikte. Der öffentliche Zweck lautet Hilfe für die Ukraine; der strategische Nutzen umfasst Produktionskapazitäten für andere Kriegsschauplätze. Diese Verbindung wird in den untersuchten Bundeswehrtexten nicht erklärt.

Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA von 2022 liefert den amtlichen Rahmen: China ist der umfassendere strategische Konkurrent, Russland die unmittelbare Bedrohung. Bündnisse, Wirtschaft, Technologie und Militär werden auf die Sicherung der amerikanischen Stellung bezogen. [17] Das erklärt, weshalb europäische Sicherheit in Washington nach anderen Maßstäben bewertet wird als die Sicherheit der Menschen, die in Europa leben. Eine amerikanische Strategie kann einen Konflikt in Europa als beherrschbaren Aufwand behandeln, während seine Folgen für die betroffenen Gesellschaften existenziell sind.

In der Nationalen Verteidigungsstrategie vom Januar 2026 wird die Lastenverteilung amtlich ausgesprochen: Die europäischen NATO-Staaten sollen die Hauptverantwortung für die konventionelle Verteidigung Europas und die Unterstützung der Ukraine übernehmen, bei entscheidender, aber begrenzter amerikanischer Hilfe. [18] Wer diesen Vorgang nur als europäisches Erwachsenwerden oder als Übernahme von Verantwortung beschreibt, verschweigt seinen amerikanischen Zweck. Europa soll mehr leisten, damit Washington seine begrenzten Mittel nach eigenen Prioritäten einsetzen kann. Die Frage lautet deshalb, ob Deutschland seine Sicherheitspolitik selbst bestimmt oder die Anforderungen dieser Arbeitsteilung erfüllt.

Die amerikanische Debatte enthält dabei gegensätzliche Antworten auf die Frage, wie lange der Ukrainekrieg den USA nützt. Die RAND-Autoren Samuel Charap und Miranda Priebe erklären 2023 ausdrücklich, amerikanische und ukrainische Interessen seien nicht identisch. Sie gewichten die Vermeidung nuklearer Eskalation, eines direkten Krieges mit Russland und eines langen Krieges stärker als zusätzliche ukrainische Territorialgewinne. [19] Derselbe Ausgangspunkt amerikanischer Interessen kann also sowohl Forderungen nach verstärkter Kriegführung als auch Forderungen nach einer Verhandlungslösung begründen. Die Ukraine entscheidet über den amerikanischen Maßstab nicht.

Die US-Sicherheitsstrategie vom November 2025 verlangt eine rasche Einstellung der Kampfhandlungen, strategische Stabilität mit Russland und eine lebensfähige Ukraine. [20] Der Krieg soll durch eine Verhandlungslösung beendet werden. Auch diese Forderung wird ausdrücklich mit amerikanischen Interessen begründet. Washington verändert seine Prioritäten nach amerikanischen Interessen. Die Vorstellung einer unveränderlichen Einheit ukrainischer, europäischer und amerikanischer Ziele ist falsch. Wer sie verbreitet, verdeckt sowohl die Instrumentalisierung des Krieges als auch die Möglichkeit, dass die Führungsmacht ihre Partner mit den Folgen zurücklässt.

Genau hier versagt die moralische Formel vom gemeinsamen Freiheitskampf. Sie legt nahe, dass längere Unterstützung, stärkerer militärischer Druck und mehr Rüstung aus demselben Interesse aller Beteiligten folgen. Die amerikanischen Quellen zeigen dagegen eine politische Kalkulation über Nutzen, Kosten und Zeit. Dabei können sich die Kriterien verändern, ohne dass sich das Schicksal der ukrainischen Bevölkerung verbessert. Eine Öffentlichkeit, die diese Kalkulation nicht kennt, kann weder die Fortsetzung des Krieges noch die Bedingungen seiner Beendigung eigenständig beurteilen.

Die Bundeswehr spricht durchaus über Verhandlungen. Im Beitrag mit Kaschke sollen ukrainische Angriffe auf russische Infrastruktur Putin an den Verhandlungstisch zwingen. [3] Diplomatie erscheint damit als Ergebnis militärischen Drucks. Die vorgelagerte Frage bleibt unbehandelt: Welche politische Sicherheitsordnung soll den Konflikt dauerhaft entschärfen, und welche eigenen Positionen müssten dafür verändert werden? Verhandlungsbereitschaft nur vom Gegner zu verlangen, setzt die eigene Ordnung bereits als unverhandelbaren Maßstab. So wird der Umfang dessen begrenzt, worüber die Öffentlichkeit überhaupt als Friedenspolitik nachdenken soll.

Auch die Erwähnung von Opfern genügt nicht. Christian Freuding thematisiert im Februar 2025 Abnutzung, ukrainische Personalprobleme und menschliches Leid. [21] Politisch entscheidend ist jedoch, ob dieses Leid die verfolgte Strategie infrage stellen darf. Bleibt die strategische Zwecksetzung unangetastet, können Opfer zugleich beklagt und als Grund für weiteres Durchhalten verwendet werden. Die Beweislast liegt bei denen, die weitere Opfer politisch rechtfertigen: Welche erreichbare Verbesserung erwarten sie, weshalb überwiegt sie die Kosten, und welche Verhandlungsmöglichkeit haben sie tatsächlich geprüft?

Für die europäischen Gesellschaften geht es um dieselbe Beweislast. Geld, industrielle Kapazitäten, Arbeitskraft und politische Aufmerksamkeit sind begrenzt. Die Verpflichtung auf dauerhafte militärische Konfrontation ordnet diese Mittel neu und bindet künftige Entscheidungen. Welche Ausgaben ausfallen, welche Abhängigkeiten entstehen und welches Eskalationsrisiko die Bevölkerung tragen soll, sind demokratische Fragen. Die Berufung auf Freiheit kann ihre Beantwortung nicht ersetzen. Besonders fragwürdig wird sie, wenn amerikanische Strategiedokumente offen eine Entlastung der USA verlangen, während den Europäern ihre Mehrbelastung als Ausdruck selbstbestimmter Verantwortung präsentiert wird.

Die in den vorgelegten Denkschriften aufgeworfene Frage nach dem sabotierten Frieden trifft deshalb einen entscheidenden Punkt: Welche Möglichkeiten gemeinsamer Sicherheit wurden politisch blockiert, weil sie die bestehende Machtordnung verändert hätten? [22, 23] Der dokumentierte Vorrang der Bündniserweiterung, die Ablehnung des neuen Vertragswegs, die Sanktionspolitik gegen eine europäisch-russische Wirtschaftsverbindung und die Planung einer Schwächung Russlands liefern konkrete Ansatzpunkte. Der Krieg ist keine Erklärung seiner eigenen Vorgeschichte. Die Geschichte

bestand aus Entscheidungen, und zu diesen Entscheidungen gehörte die Verteidigung amerikanischer Gestaltungsmacht.

Die untersuchten Bundeswehrtexte machen diese Gestaltungsmacht nicht zum Gegenstand ihrer Erklärung. Sie benennen weder die Funktion der Ukraine in der amerikanischen China-Strategie noch die Lastenverschiebung auf Europa als amerikanisches Interesse. Sie verschleiern den Zusammenhang, indem sie die Politik des Bündnisses mit der Freiheit und Sicherheit der europäischen Bevölkerung gleichsetzen. Das ist der Kern der Kritik. Eine europäische Friedenspolitik muss ihre Ziele an den Lebensinteressen der Menschen in Europa messen und eine vertragliche Sicherheit auch mit Russland wieder zum politischen Gegenstand machen. Amerikanische Vormachtstellung besitzt keinen Anspruch darauf, als europäisches Gemeinwohl ausgegeben zu werden.

Quellen und Nachweise

Stand: 11. Oktober 2026. Die Kritik bezieht sich auf die angeführten Bundeswehrtexte. Strategische Empfehlungen, amtliche Zielsetzungen und analytische Schlussfolgerungen werden im Artikel jeweils als solche benannt. Die drei vorgelegten PDFs dienen als argumentative Leitvorlagen; historische Tatsachenbehauptungen werden durch die angeführten Originalquellen belegt. Seitenangaben folgen der gedruckten Paginierung.

[1] Bundeswehr: Krieg in der Ukraine. Laufend aktualisierte Themenseite. Ausgangspunkt der Untersuchung; indexierte Fassung. [Quelle öffnen](#)

[2] Bundeswehr: Es geht um den Kampf für die Freiheit Europas, den die Ukraine führt. Nachgefragt mit Generalmajor Olaf Rohde, 4. Juli 2025. Textfassung des Ausbildungsbeitrags. [Quelle öffnen](#)

[3] Bundeswehr: Ukraine-Experte: Jetzt muss Putin an den Verhandlungstisch. Nachgefragt mit Brigadegeneral Joachim Kaschke, 10. Juli 2026. Abschnitte zum Verhandlungsdruck und zur europäischen Verantwortung. [Quelle öffnen](#)

[4] Wladimir Putin: Rede vor dem Deutschen Bundestag, 25. September 2001. Amtliches Wortprotokoll, besonders die Passagen zur Verbindung europäischer und russischer Potenziale und zu Entscheidungen ohne russische Beteiligung. [Quelle öffnen](#)

[5] Präsident der Russischen Föderation: The draft of the European Security Treaty, 29. November 2009. Präambel sowie Artikel 1 und 2; Vertragstext als dokumentierter russischer Vorschlag. [Quelle öffnen](#)

[6] Hillary Rodham Clinton: Remarks on the Future of European Security. L'École Militaire, Paris, 29. Januar 2010. Amtliche Rede, Abschnitt über Medwedews Vertragsvorschlag. [Quelle öffnen](#)

[7] NATO: Bucharest Summit Declaration. 3. April 2008, Absatz 23. Gemeinsame Gipfelerklärung zur Mitgliedschaftsperspektive der Ukraine und Georgiens. [Quelle öffnen](#)

[8] Zbigniew Brzezinski: A Geostrategy for Eurasia. Foreign Affairs, September/Okttober 1997. Vollständiger Nachdruck beim Project on Defense Alternatives, besonders die Abschnitte zur amerikanischen Vorrangstellung, zur NATO-Erweiterung und zu Russland. [Quelle öffnen](#)

[9] Chicago Council on Global Affairs: Europe Destined for Conflict. Veranstaltung mit George Friedman, auf der Veranstalterseite datiert auf den 23. Februar 2015. Verwendet wird die Zusammenfassung von Richard C. Longworth, insbesondere die Passage zu deutschem Kapital und russischen Ressourcen. [Quelle öffnen](#)

[10] Paul Belkin, Michael Ratner und Cory Welt: Russia's Nord Stream 2 Natural Gas Pipeline to Germany Halted. Congressional Research Service, IF11138, aktualisiert am 10. März 2022, S. 1–2. [Quelle öffnen](#)

[11] James Dobbins u. a.: Overextending and Unbalancing Russia. Assessing the Impact of Cost-Imposing Options. RAND, 24. April 2019. Zusammenfassung der Studie Extending Russia; besonders die Abschnitte zu wirtschaftlichen und geopolitischen Maßnahmen. Auftragsforschung für die US Army, keine Regierungsentscheidung. [Quelle öffnen](#) · [Vollständige Studie und Auftraggeberangaben](#)

[12] U.S. Department of Defense: Secretary of State Antony J. Blinken and Secretary of Defense Lloyd Austin Remarks to Traveling Press. 25. April 2022. Amtliches Transkript, S. 5 der hier verlinkten, zeitgenössisch gespeicherten PDF-Kopie auf Augen geradeaus; Passage über amerikanische Erfolgskriterien. [Quelle öffnen](#)

[13] A. Wess Mitchell: Strategic Sequencing. How Great Powers Avoid Multi-Front War. The Marathon Initiative, 14. September 2020, Titelblatt und S. 4–7. Für das Office of Net Assessment des Pentagon erstellt und mit dessen Erlaubnis veröffentlicht. [Quelle öffnen](#)

[14] A. Wess Mitchell: Strategic Sequencing, Revisited. The Marathon Initiative, 18. Oktober 2024, besonders S. 1–3 und 9–11. Strategische Empfehlung des Autors. [Quelle öffnen](#)

[15] Luis Simón, Daniel Fiott und Octavian Manea: Two Fronts, One Goal. Euro-Atlantic Security in the Indo-Pacific Age. The Marathon Initiative, August 2023, besonders S. 1–4. Strategieempfehlungen zur transatlantischen Arbeitsteilung. [Quelle öffnen](#)

[16] Seth G. Jones: Empty Bins in a Wartime Environment. The Challenge to the U.S. Defense Industrial Base. Center for Strategic and International Studies, 23. Januar 2023. Untersuchung industrieller Engpässe; die Taiwan-Aussagen beziehen sich auf Planspiele. [Quelle öffnen](#)

[17] The White House: National Security Strategy. Oktober 2022, besonders S. 7–9 und 23–26. Amtliche Strategie der Biden-Regierung; archivierte Originalfassung. [Quelle öffnen](#)

[18] U.S. Department of War: National Defense Strategy. 23. Januar 2026. Amtliches Strategiedokument; Passage zur europäischen Hauptverantwortung für konventionelle Verteidigung und Ukraineunterstützung. [Quelle öffnen](#)

[19] Samuel Charap und Miranda Priebe: Avoiding a Long War. U.S. Policy and the Trajectory of the Russia-Ukraine Conflict. RAND, 25. Januar 2023. Besonders Einleitung, Eskalationsrisiken und Bewertung unterschiedlicher Kriegsverläufe aus amerikanischer Sicht. [Quelle öffnen](#)

[20] The White House: National Security Strategy. November 2025, besonders S. 25–27. Amtliche Strategie der Trump-Regierung; Abschnitt Europa mit der Forderung nach rascher Beendigung der Kampfhandlungen und strategischer Stabilität mit Russland. [Quelle öffnen](#)

[21] Bundeswehr: Drei Jahre Krieg in der Ukraine – eine Analyse und ein Ausblick. Nachgefragt mit Generalmajor Christian Freuding, 24. Februar 2025. Textfassung, insbesondere die Abschnitte zum Abnutzungskrieg und zu menschlichen Verlusten. [Quelle öffnen](#)

[22] Vorgelegte PDF: Der sabotierte Frieden. Eine historische Denkschrift zur Perspektive gemeinsamer Sicherheit zwischen Russland und dem Westen bis 2014. Acht Seiten; besonders S. 1–3 und 5–7. Leitvorlage für die Untersuchung ausgegrenzter Kooperationsangebote und amerikanischer Interessen.

[23] Vorgelegte PDF: Der sabotierte Frieden – Teil II. Vom blockierten Vertrag zur offenen Konfrontation 2014–2025. Proto-Science – Deep-Research, vier Seiten; besonders S. 2–4. Leitvorlage für die Kritik von Feindbild, Energiepolitik und europäischer Abhängigkeit.

[24] Vorgelegte PDF: Wer bedroht den Frieden in Europa. Zwei KI-Systeme und zwei Antworten. Proto-Science – Deep-Research, sechs Seiten; besonders S. 3–5. Leitvorlage für die selbstkritische Prüfung der KI-Antworten.

Rechtsschutzklausel

Die vorliegende Schrift ist eine politisch-analytische Betrachtung historischer Entwicklungen und historischer Dokumente, die mit Unterstützung einer künstlichen Intelligenz (KI) erstellt wurde. Zugleich handelt es sich ausdrücklich um eine Meinungsäußerung im Sinne von Artikel 5 Grundgesetz sowie um einen Beitrag zur politischen und wissenschaftlichen Debatte. Die Analyse erhebt keinen Anspruch auf Richtigkeit, Vollständigkeit oder Verbindlichkeit; sie ist kein amtliches Dokument und ersetzt keine Rechtsberatung. Sie ist nicht als Aufruf zu Gewalt, nicht als Verunglimpfung von Staaten, Bevölkerungsgruppen oder Personen und nicht als Billigung von Straftaten zu verstehen. Ziel des Textes ist es, bestehende Narrative kritisch zu beleuchten, historische Parallelen aufzuzeigen und die öffentliche Diskussion über geopolitische Entwicklungen zu fördern. Vergleiche, insbesondere historische Vergleiche, sind wissenschaftliche Methode, nicht Gleichsetzung und nicht gleichsetzende Wertung; sie markieren machtdynamische Muster und kennzeichnen Risiken für friedliches Zusammenleben. Alle Angaben beruhen auf zum Zeitpunkt der Erstellung verfügbaren Quellen und subjektiver Meinung. Jede Leserin und jeder Leser ist eingeladen, die dargestellten Argumente kritisch zu prüfen und sich eine eigene Meinung zu bilden. Eine Haftung für Fehler oder Handlungen, die auf Grundlage der Inhalte erfolgen, wird ausgeschlossen.

IMPRESSUM

Dr. Klaus Retzlaff, Böklinger Straße 36, 39444 Hecklingen,
verantwortlicher Autor im Sinne des Presserechts